

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 16.September 2026

Martin Habersaat

Wer schwächere Elternhäuser beklagt, muss für stärkere Schulen sorgen
TOP 1: Aktuelle Stunde "PISA - Bildung braucht Priorität" (Drs. 20/4825)

Wir dürfen uns an schlechte Nachrichten über unser Bildungssystem nicht gewöhnen.

Ein Drittel der 15-Jährigen in Deutschland erreicht beim Lesen und in Mathematik nicht einmal das grundlegende Kompetenzniveau.

Das ist keine bildungspolitische Randnotiz.

Das ist ein Alarmzeichen. Und das ist der Grund, warum die SPD heute eine aktuelle Stunde angemeldet hat. Bei solchen Ergebnissen dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Und trotzdem erleben wir in der Debatte inzwischen etwas Bemerkenswertes: Wenn die Leistungen schlechter werden, wird sehr schnell über die Kinder gesprochen. Über Corona. Über Handys. Über Social Media. Über Migration. Und zunehmend auch über die Eltern.

Ich habe dabei von der Bundesbildungsministerin ein neues Wort gelernt: „Bildungsaspiration“. Eltern, so heißt es, hätten heute weniger Bildungsaspiration. Das führe laut Frau Prien dazu, dass Eltern es nicht so wichtig fänden, ob ihr Kind in der Schule erfolgreich sei oder nicht. Ich möchte an dieser Stelle etwas sehr Einfaches sagen:

Kinder suchen sich ihre Eltern nicht aus.

Und deshalb ist „Deine Eltern sind schuld“ keine Bildungspolitik.

Übrigens auch nicht mit Blick auf Eltern, die sich darauf verlassen können müssen, dass wir in unserem staatlichen Bildungssystem unser Möglichstes zum Wohle ihrer Kinder tun.

Ich habe da übrigens zwei und eine ganze Menge Bildungsaspiration.

Das darf doch nicht wahr sein. Der Bundeskanzler sagt den Deutschen, sie

- seien zu bequem geworden
- arbeiteten zu wenig
- legten zu viel Wert auf Work-Life-Balance

Und nun kommt die Bildungsministerin und sagt den Eltern, sie seien schuld, dass es mit der Bildung bergab gehe. Wenn wir feststellen, dass manche Elternhäuser weniger auffangen können als früher, muss die politische Konsequenz lauten: Dann müssen unsere Schulen mehr auffangen können. Der Staat verpflichtet Kinder zum Schulbesuch.

Daraus erwächst eine Verantwortung des Staates: diesen Kindern bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Wir können nicht auf der einen Seite Schulpflicht organisieren und auf der anderen Seite sagen: Wenn es zu Hause nicht funktioniert, ist das eben Pech.

Gerade wenn die Voraussetzungen der Kinder unterschiedlicher werden, müssen wir unsere Schulen stärker machen.

Deshalb fordert die SPD seit Jahren multiprofessionelle Teams:

mehr Schulsozialarbeit,

mehr Schulpsychologie,

mehr Förderkräfte,

mehr Fokus der Lehrkräfte auf pädagogische Arbeit und Unterricht.

Zuletzt haben wir erreichen können, dass die Landesregierung drei der sieben offenen Stellen in der Schulpsychologie endlich ausschreibt. Einerseits: Immerhin. Andererseits: Zu wenig. Im aktuellen Schuljahr haben wir mehr Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein. Und gleichzeitig weniger Lehrkräfte. Klingt falsch. Ist es auch.

Eine Lehrkraft kann nicht immer mehr unterrichten, erziehen, sozialpädagogische Arbeit leisten und psychische Krisen auffangen.

Und dann muss man sich schon fragen, was diese Landesregierung eigentlich vorhat.

Es seien mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, sagt Frau Dr. Stenke den Kieler Nachrichten. Darauf habe man reagiert. Aber wie? Indem die DaZ-Klassen von 16 auf 18 vergrößert wurden und indem die versprochene Evaluation abgeblasen wurde.

Wir haben historisch schlechte Bildungsergebnisse.

Wir haben einen zu hohen Unterrichtsausfall.

Und gleichzeitig wird weiter gekürzt. Dabei hatten sie das größte Stück ja schon zum letzten Schuljahr aus dem Kuchen genommen:

Gymnasien minus vier Stunden in Klasse 5-10.

Gemeinschaftsschulen minus sechs Stunden in Klasse 5-10.

Das passt nicht zusammen.

Wer sagt, Schule müsse heute mehr leisten als früher, kann ihr nicht gleichzeitig weniger geben als früher. Vor 25 Jahren gab es nach der ersten PISA-Studie einen „PISA-Schock“.

Deutschland hat damals über Bildung gesprochen wie selten zuvor. Und eine Weile ging es ja auch in die richtige Richtung.

Heute sind die Ergebnisse noch schlechter.

Und trotzdem scheint der Schock kleiner zu sein. Das darf nicht sein.

Wir brauchen einen neuen bildungspolitischen Ruck. Und wir sollten dabei auch auf Schleswig-Holstein selbst schauen.

Der IQB-Ländervergleich zeigt nämlich etwas Interessantes:

Zwischen 2009 und 2015 sank bei uns der Anteil der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler, die beim Lesen unterhalb des Mindeststandards lagen, von 23 auf 17 Prozent.

Gleichzeitig lag Schleswig-Holstein 2015 beim Lesen besser als der Bundesdurchschnitt.

Das zeigt: Bildungspolitik kann etwas verändern. Die naheliegendste Erklärung ist übrigens das Ende des dreigliedrigen Schulsystems, das in diesem Zeitraum wirkte.

Ideologisch ist übrigens nicht, wer Veränderungen fordert. Ideologisch ist, wer trotz schlechter Ergebnisse an alten Glaubenssätzen festhält, weil sie ins eigene Weltbild passen.

Es ist eben kein Naturgesetz, dass soziale Herkunft über Bildungserfolg entscheidet.

Es ist eine politische Gestaltungsaufgabe.

Und deshalb sollten wir auch einmal nach Hamburg schauen.

Dort wurde unter dem langjährigen SPD-Bildungssenator Ties Rabe konsequent daran gearbeitet, Schulen stärker in die Verantwortung für den Lernerfolg zu nehmen: mit mehr Ganztag, verbindlicher Förderung, Lernstandsdiagnostik und zusätzlichem Personal – insbesondere an Schulen in schwieriger sozialer Lage.

Auch wenn in Hamburg gerade -leider-Kürzungen im Bildungsbereich diskutiert werden: Wir träumen in Schleswig-Holstein davon, ähnliche Mittel in die Bildung unserer Kinder zu stecken, wie unsere Nachbarn es immer noch tun.

Der Grundgedanke ist eigentlich selbstverständlich:

Gute Schule darf nicht davon abhängen, ob am Nachmittag zu Hause jemand Zeit, Geld und Bildung hat, um die Arbeit der Schule fortzusetzen.

Und genau deshalb ist es falsch, wenn die Debatte immer wieder bei den Eltern endet. Natürlich haben Eltern Verantwortung. Aber der Staat hat auch Verantwortung.

Und die Frage lautet deshalb nicht:

„Warum fördern manche Eltern ihre Kinder nicht genug?“

Die entscheidende Frage lautet:

„Was tun wir als Staat dafür, dass jedes Kind trotzdem eine faire Chance bekommt?“

Mit ausgebildeten Lehrkräften in ausreichender Zahl. Mit einem Fokus auf guten Unterricht. Der hat zunächst einmal eine Grundvoraussetzung: Er muss stattfinden.

Mit funktionierenden Unterstützungssystemen, damit die Lehrkräfte sich auf ihre wichtige Kernaufgabe konzentrieren können.

„Gute Bildung entsteht nicht durch Formulare, Berichtspflichten und Einzelprojekte. Deshalb müssen wir Schulen weiter entbürokratisieren und Lehrkräfte von Aufgaben entlasten, die sie von ihrem eigentlichen Auftrag abhalten. Ihre Zeit wird im Klassenzimmer, in der Förderung und in der pädagogischen Arbeit gebraucht.“

Wissen Sie, wer das schreibt? Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Wenn Sie bloß jemanden kennen würden, der das umsetzen könnte...

Die wichtigste Lehre aus PISA 2026 aus meiner Sicht lautet:

Wer schwächere Elternhäuser beklagt, muss für stärkere Schulen sorgen.